



Motion Nr. 159 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 21. Juli 2006

Im Sog der Armutsspirale – die Luzerner Bevölkerung ist verarmt!

Stadt und Kanton Luzern leben schon jahrzehntelang über ihre Verhältnisse. Der Kanton hat alle Regionalbegehrlichkeiten erfüllt, Stadt und Kanton haben zahlreiche gesellschaftliche Bedürfnisse aufgespürt, die in der Schaffung von Büros oder von Beauftragten für alles und jedes mündeten. Die Neigung, Minderheiten und dem Zeitgeist entgegenzukommen, diktiert, was den gesellschaftlichen und politischen Eliten alles teuer ist und Stadt und Kanton immer teurer werden. Dies geht nur mit einer Hochsteuerpolitik, die in den letzten Jahrzehnten Zehntausende von guten Steuerzahlern vertrieben hat, was zur Folge hat, dass der weniger mobile Mittel- und der Unterstand umso stärker von den Steuern geknechtet werden. Wirtschaftlich propagiert wurden und werden vor allem die schöne Lage von Stadt und Kanton Luzern und die weichen Faktoren des Standortes. In Luzern gewöhnte man sich daran, Stadt und Kanton mit den Augen von Tourismusfachleuten wahrzunehmen. Luzern ist deshalb heute ein schöner Kanton mit vielen Bauern, Beamten, Büros und Hotels, also unwichtig, weil wirtschaftlich rückständig, wenig ertragsfähig und mit einem überschäumenden Staatswesen.

Durch diese total verfehlte Steuer-, Abgaben- und Wirtschaftspolitik in Stadt und Kanton hat Luzern heute ein dringendes Wohlstandsproblem. In der bestimmenden Öffentlichkeit ist es noch nicht wahrgenommen worden, beziehungsweise will man es nicht wahrhaben; Tatsache ist aber, dass grosse Teile der Bevölkerung immer weniger Geld zur Verfügung hat. «Der Kanton Luzern ist im Sog der Armutsspirale» titelte der politisch unverdächtige Newsletter „Vorsorge aktuell“ 24/ 06 der Schweizer Personalvorsorge und legt dar, dass bei der Bevölkerungsgruppe der über 25-Jährigen mehr als 15 % im Kanton Luzern unter der Armutsgrenze leben müssen. Dies ist eine regelrechte Schande für unseren Kanton und zeigt einmal mehr auf, wohin die Politik derjenigen Politiker von links bis weit in die Mitte hinein, die sich als «fortschrittlich» betrachten, geführt hat. Die wirtschaftsfeindlichen Sprüche für ein Nullwachstum, für eine wild wuchernde Bürokratie und sturen Reglementarismus, durch schikane Steuerbehörden, die Generalabzocke durch Steuern, Abgaben, Gebühren und Bussen, ein Staat, der das Geld regelrecht zum Fenster hinaus wirft und alles mögliche Unsinnige und Unnötige finanziert, zeigen nun krass und in der brutalst möglichen Form ihre Wirkung – die Luzerner Bevölkerung verarmt.

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

Nun wird natürlich sicher reflexartig eingewendet, das sei wieder einmal typischer SVP-Alarmismus – aber wer nur alles schönredet und sagt, uns gehe es doch im Vergleich gut, man müsse nur über die Grenzen schauen, der vergreift sich an der Zukunft der nachfolgenden Generationen. Wohlstand ist nicht gottgegeben, der kann sich schneller verflüchtigen, als das viele glauben. Gouverner, c'est prévoir – wird auch die Stadt Luzern endlich eine zukunftsgerichtete Steuer- und Wirtschaftspolitik machen? Will sich Luzern weiter in die unrühmliche Reihe der Fiskalisten und Etatisten einreihen, welchen die Logik unbegreiflich und bedrohlich ist, dass weniger Abgaben neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwung bewirken können? Will es lieber weiter Geld knallhart eintreiben, statt erwirtschaften? Will es seine Bevölkerung weiter knechten und in der Abhängigkeit zum Staat belassen, als ihr endlich die Chance zu geben, sich in Eigenverantwortlichkeit zu üben? Bedingte das nicht, dass die Steuern- Gebühren- und Abgabepolitik, der alles durchringende wirtschaftsfeindliche Reglementarismus und die ausufernde Bürokratie grundsätzlich überdenkt werden müssten, und zwar derart, dass es für den Unter- und Mittelstand nicht weiter attraktiv ist, in der Abhängigkeit vom Staat (Sozialfürsorge) zu verharren oder sich erst noch in diese zu begeben?

Gemäss Presseinfo der Stadt Luzern sind 3,7 % (arithmetischer Durchschnitt) der Luzerner Stadtbevölkerung von der wirtschaftlichen Sozialhilfe abhängig. Im „Vorsorge aktuell“ 24/ 06 der Schweizer Personalvorsorge wird aber weiter ausgeführt, dass ein Grossteil der veramteten Bevölkerung nicht Sozialhilfe beantragen würde! An dieser Stelle sei erwähnt, dass die „Schweizer Personalvorsorge“ die Fachzeitschrift für die berufliche Vorsorge (2. Säule) ist und der SVP nicht nahe steht.

Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat von Luzern auf:

1. dem Grossen Stadtrat ein Massnahmenpaket von Wirtschafts-, Deregulierungs-, Entbürokratisierungsmassnahmen, Massnahmen zur Senkung der Fiskal-, Abgaben- und Gebührenlast, Massnahmen zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine kompetitive Wirtschaftsstruktur, Massnahmen zur Ansiedlung von guten Steuereinzahlern vorzuschlagen, welches die Gesamtquote der wirtschaftlichen Sozialhilfeempfänger bis Ende 2009 dauerhaft unter 2.5 % (bzw. 2013 auf 2,0 %) senkt und entsprechend die Voraussetzung für die Rahmenbedingungen von gut bezahlten Arbeitsplätzen schafft. Denn gut bezahlte Arbeitskräfte sind die beste und effizienteste Art der Sozialhilfe!
(Bemerkung: Eine mögliche Antwort, dass dies nicht möglich sei, wird nicht akzeptiert und führt zu weiteren Vorstössen!)
2. Vorschläge, welche staatlich interventionistischer Natur sind, Konjunkturspritze usw. sind nicht Bestandteil eines diesbezüglichen Massnahmenkataloges. Der Stadtrat soll die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine moderne Wirtschaftsstruktur schaffen.

3. Im Massnahmenpaket zur Reduktion der wirtschaftlichen Sozialhilfeempfänger hat der Stadtrat gleichzeitig aufzuzeigen, wie viel an Sozialhilfe eingespart werden kann und wie viele Stellen in der Stadtverwaltung gestrichen werden können.

Yves Holenweger
namens der SVP-Fraktion